nr. 1 – feb / märz 2022

ecke müllerstraße

zeitung für das »lebendige zentrum« und sanierungsgebiet müllerstraße. Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Ch. Eckelt

WELCHE ECKE?

Ch. Eckelt

Wo hat unser Fotograf Christoph Eckelt dieses Foto aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir einen Gutschein über 20 Euro für das Kino Alhambra. Schicken Sie uns Ihre Antwort bitte per Post an: Ulrike Steglich c/o ecke müllerstraße, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 28. März 2022. Das Bilderrätsel in der ecke müllerstraße 6/2021 zeigte die Feuerwache Schillerpark in der Edinburger Straße. Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern. Den Kinogutschein hat Philip Wiehagen gewonnen – herzlichen Glückwunsch!

Bayer-Pharma bis hinter zur Tegeler?

Fledermäuse verhindern Abriss – vorerst

Trotz der Wohnungsknappheit in Berlin will der Bayer-Konzern den Bereich nördlich des Mettmann-Platzes komplett abreißen lassen. Die ersten Gebäude in der Tegeler Straße 2 und 3 sollten schon Ende Januar fallen. Aber weil der Verdacht aufkam, dass seltene Fledermäuse in den leerstehenden Wohnungen überwintern, wurde das zunächst einmal verschoben.
Das gesamte Ensemble mit ca. 140 Wohnungen am abgeriegelten Fortsatz der Tegeler Straße hinter dem S-Bahn-Ring steht schon seit längerer Zeit auf der Abrissliste. Denn die Flächen sollen zur Erweiterung des Bayer-Standortes erforderlich sein. Konkrete Planungen gibt es bislang allerdings nur für einen Neubau auf dem Standort einer leerstehenden Industriehalle. Die Wohnhäuser müssten für die Zufahrt weichen, heißt es. Etwa 20 Wohnungen auf dem gegenüberliegenden Grundstück Am Nordhafen 1 an der Ecke Fennstraße 35–37 wurden vor Jahren schon abgerissen. Der angekündigte Neubau wurde dort aber nie errichtet.
Der Aktienwert der Bayer AG ist seit der Übernahme des US-amerikanischen Gentechnik-Riesen Monsanto im Jahr 2016 um mehr als die Hälfte geschrumpft. Auch als im vergangenen Jahr der Deutsche Aktienindex DAX trotz Pandemie kräftig zulegte, stagnierte der Wert der Bayer-Aktie. Am Standort Berlin will der Konzern seine Pharma-Aktivitäten konzentrieren, für größer angelegte Expansionen etwa im Bereich der mRNA-Technologie scheint aber das Geld zu fehlen. *cs*

Ecke im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Müllerstraße« sind abrufbar unter: www.muellerstrasse-aktiv.de

INHALT

Seite 3 *99 Jahre U6*
Seite 4 *Mühlenstube eröffnet*
Seite 5 *Ein Zaun sorgt für Ärger*
Seite 6 *Philipp der Ganter*
Seite 7 *BVV kämpft fürs Cafe Leo*
Seite 8 *Sozialstudie mit ersten Ergebnissen*
Seite 9 *Leserumfrage*
Seite 10 *Nordlichter erleuchten den Wedding*

Aus dem Bezirk Mitte:

- **Seite 11** *Offener Brief der Stadtteilvertretungen*
- **Seite 12–13** *Mobilität der Zukunft*
- **Seite 14** *Bezirksnachrichten*

Seite 15 *Adressen + Gebietskarte*
Seite 16 *Eckensteher*

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, eckemueller@gmx.net
Fotoredaktion:
Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Mail-Verteiler auf: eckemueller@gmx.net

Die nächste Ausgabe

der Ecke Müllerstraße erscheint Anfang April 2022.

Die Pandemie war damals nur Fußnote

Vor 99 Jahren wurde die Nord-Süd-U-Bahn eröffnet

Ch. Eckelt

Im kommenden Jahr feiern wir hundertjähriges Jubiläum. Die zentrale Teilstrecke der heutigen U6 eröffnete im Jahr 1923 als »Nord-Süd-U-Bahn«. Am 30. Januar nahm zunächst der Abschnitt zwischen den heutigen Bahnhöfen Naturkundemuseum und Hallesches Tor den Betrieb auf und wenige Wochen später, am 8. März, auch die nördliche Verlängerung bis zur Seestraße. Sozusagen als Geburtstagsgeschenk soll der U-Bahnhof Seestraße bis zum nächsten Jahr barrierefrei ausgebaut werden und einen neuen Eingang an der Amsterdamer Straße erhalten.

Störungen wie der Schienenersatzverkehr im Januar (im Foto) müssen in Kauf genommen werden. Bis Anfang April werden zudem die U-Bahn-Züge am Bahnhof Seestraße nur noch in Nord-Süd-Richtung (also in Richtung Mariendorf) halten. Auf der Gegenseite in Richtung Tegel dagegen werden sie durchfahren, weil hier wegen der Bauarbeiten der Bahnsteig gesperrt ist.
Und auch in den kommenden Jahren muss man sich auf weitere Störungen gefasst machen. Dann wird der U-Bahn-Tunnel abgedichtet, weshalb die westliche Richtungsfahrbahn der Müllerstraße über längere Zeiträume hinweg gesperrt werden muss. An der Chausseestraße kann man beobachten, wie sich diese Arbeiten langsam von Süd nach Nord voranschieben. Das große Zelt mit der Baugrube befindet sich derzeit etwa auf Höhe der Liesenstraße am Pankegrünzug, kurz bevor aus der Chaussee- die Müllerstraße wird.

Zwischen den ersten Überlegungen zum Bau einer Berliner Nord-Süd-U-Bahn im Jahr 1901 und der Eröffnung der Strecke vergingen am Anfang des letzten Jahrhunderts etwa 22 Jahre. Also nur etwas weniger als in unseren Tagen zwischen den ersten Überlegungen zur Verlängerung der U5 vom Alexanderplatz zum Hauptbahnhof in den frühen 1990er Jahren und der Eröffnung des Streckenabschnitts im Dezember 2020. Wobei vor hundert Jahren insgesamt 6,6 Kilometer, in den letzten 30 Jahren aber nur 4 Kilometer U-Bahn entstanden, beide Male musste die Spree unterquert werden. Die Technik war damals zudem natürlich noch auf einem ganz anderen Stand als heute. Und in den letzten Jahrzehnten unterbrach auch kein Weltkrieg, keine Revolution und kein faktischer Staatsbankrott mit Hyper-Inflation die Bauphase. Eine Pandemie gab es damals auch: Die Spanische Grippe forderte zwischen 1918 und 1920 im Deutschen Reich etwa viermal so viele Todesopfer wie Corona bisher in der Bundesrepublik Deutschland. In unseren Geschichtsbüchern wird dieser Umstand angesichts der Wucht der anderen Ereignisse dieser Jahre aber allenfalls als Fußnote vermerkt.
Die Zeiten ändern sich eben. Größtenteils zum Glück, aber einiges lief früher doch irgendwie besser: Heutzutage, so könnte man leicht überspitzt zusammenfassen, dauert einschließlich der Planungsphase die Abdichtung der Berliner U-Bahn-Tunnel etwa genau so lange wie vor 100 Jahren Planung und Bau derselben.

Die U6 war jedenfalls im Jahr 1917 im Bau und der U-Bahnhof Leopoldplatz im Rohbau schon fertig, als die Arbeiten wegen des Weltkriegs unterbrochen werden mussten. Es standen schlichtweg keine Arbeitskräfte mehr zur Verfügung, jeder wehrfähige Mann in Deutschland war an der Front eingesetzt. Im Jahr 1920 gab es Überlegungen, den Bau völlig einzustellen, die Stadt entschied aber anders – auch, weil jeder bezahlte Arbeitsplatz damals dringend erforderlich war, um die Not von Familien zu mindern. Das Geld musste der Staat freilich drucken, es entwickelte sich eine Hyperinflation. Ein Ticket der dritten Klasse kostete während des ersten Weltkriegs 15, am Ende des Jahres 1920 schon 85 Pfennige. Zwei Jahre später, Dezember 1922, war der Preis bei 40 Mark angekommen, im Februar 1923 bei 130 Mark und im November bei 56 Milliarden Mark. Danach wurde die Rentenmark eingeführt, ein Ticket dritter Klasse kostete wieder 15 Pfennige.

Noch in den 1920er Jahren wurde die Linie C, wie sie damals genannt wurde, nach Süden verlängert, zunächst zur »Belle-Alliance-Straße« (dem heutigen U-Bhf. Mehringdamm) und von da aus in zwei Abzweigungen nach Neukölln (heute U7) und nach Tempelhof. Auch nach Norden war eine Erweiterung zum heutigen Kurt-Schumacher-Platz geplant und sogar schon im Bau. Die Arbeiten wurden aber in der Krise 1930 abgebrochen, was dazu beitrug, die Massenarbeitslosigkeit zu verstärken und Hitlers Aufstieg letztlich zu begünstigen. Nach dem zweiten Weltkrieg war die Norderweiterung der Linie C nach Tegel eines der ersten U-Bahn-Projekte des Westberliner Senats. *cs*

Für die Nachbarschaft jederzeit ansprechbar

An der Ecke Transvaalstraße hat der Drogenkonsumraum eröffnet

Ch. Eckelt

Seit dem 21. Dezember 2021 ist die »Mühlenstube« in der Müllerstraße 120 in Betrieb. Der soziale Träger vista gGmbH betreibt hier im Auftrag des Landes Berlin eine Kontaktstelle für Suchtkranke mit integriertem Drogenkonsumraum.

Vista bringt dabei langjährige Erfahrungen mit: Seit 2004 schon betreibt die gemeinnützige Gesellschaft mit einem ähnlichen Konzept auch die »Birkenstube« in der Moabiter Birkenstraße. Die wurde zum Vorbild für ähnliche Einrichtungen in Kreuzberg und Neukölln sowie in vielen anderen Städten Deutschlands.
Hier arbeiten Sozialarbeiter (und -innen) zusammen mit medizinischem Fachpersonal: Soziale und gesundheitliche Beratung erfolgen vor Ort. Die Bereitstellung von sauberem Spritzenbesteck und der medizinisch beaufsichtigte Drogenkonsum wird durch persönliche Beratung ergänzt. Daneben besteht für die Suchtkranken auch die Möglichkeit, Wäsche zu waschen, sich medizinisch versorgen zu lassen, zu duschen, einen Kaffee zu trinken und Hilfe beim Ausfüllen von Antragsformularen zu erhalten. Finanziert wird die Mühlenstube über die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung mit Mitteln des Landes. Das maßgebliche Ziel dieser Arbeit ist es, die Zahl der Drogentoten zu verringern.

Das stößt nicht überall auf Zustimmung und löst in der direkten Nachbarschaft natürlich auch Ängste aus. In mehreren öffentlichen Veranstaltungen suchte der Betreiber der Mühlenstube seit dem Sommer den direkten Kontakt. Etwa 500 Personen unterzeichneten im September eine Online-Petition gegen das Vorhaben, davon gaben etwa die Hälfte an, direkt von der Problematik betroffen zu sein. Ihr Kernargument: Die Mühlenstube befinde sich zu weit weg vom Zentrum der Drogenproblematik im Wedding, dem Leopoldplatz, sie ziehe die »Szene« hoch ins Parkviertel. Mit ganz ähnlichen Argumenten hatten vor 18 Jahren auch die Anwohner (und -innen) der Birkenstraße gegen die Birkenstube Stellung bezogen, denn auch die liegt ein gutes Stück vom Moabiter Hotspot, dem Kleinen Tiergarten am U-Bahnhof Turmstraße, entfernt. Stefan Wiedemann von der vista gGmbH gab dazu auf einer Veranstaltung zu bedenken, mit dem Drogenkonsum-Raum sei auch ein Ansprechpartner vor Ort, der in einem lokalen Netzwerk mit anderen Einrichtungen, dem Bezirk und der Polizei arbeite und solchen Tendenzen entgegensteuern könne: »In der Nähe der Birkenstube gab es zeitweilig auch mal Probleme mit der Drogenszene. Die konnten wir dann aber sehr zügig abstellen.« Auch die Nutzerinnen und Nutzer des Konsumraumes hätten ein Interesse an dem Weiterbestand des Projekts und setzten sich in der Szene dafür ein, dessen Umgebung möglichst nicht zu belasten. »Wir sind für sie sehr viel mehr als nur eine weitere City-Toilette, in der man unbeobachtet Drogen konsumieren kann.«

Anwohnerinnen und Anwohner aus dem Umfeld der Mühlenstube können sich daher jederzeit an die vista gGmbH wenden, wenn sie ein problematisches Verhalten der Drogenszene beobachten. Das bestätigt auch der neue Gesundheitsstadtrat des Bezirks Mitte, Christoph Keller: »Das Team von vista leistet schon in der Birkenstube hervorragende Arbeit und ist auch bei Fragen aus der Nachbarschaft im Wedding jederzeit ansprechbar. Vielen Dank dafür.« Bislang, so berichtet uns Stefan Wiedemann, sei es noch zu keinerlei Probleme im oder mit dem Umfeld gekommen.

Zunächst ist die Mühlenstube am Montag und Dienstag von 10–17 Uhr, am Mittwoch von 10–15 Uhr sowie am Donnerstag und Freitag von 12–19 Uhr geöffnet. In den kommenden Monaten werden diese Öffnungszeiten schrittweise ausgeweitet, sodass wechselseitig mit der Birkenstube in Zukunft auch eine Versorgung am Wochenende sichergestellt sein wird. *cs*

Kontakt- und Anlaufstelle Mitte, Müllerstraße 120, 13349 Berlin, Telefon (030) 297 73 56 00, muehlenstube@vistaberlin.de

»Mein Ärger der Woche«

Von Dassel zeigt sich sauer über den Zaun auf dem Leo

Und nicht nur der Bezirksbürgermeister war sauer. Auch viele Weddinger und -innen ärgerten sich über den Bauzaun, der im Januar plötzlich den Leopoldplatz zerteilte.

Manch einer vermutete, dass der Zaun etwas mit den Sanierungsarbeiten an der Alten Nazarethkirche zu tun habe, die gerade in Gange sind. Im Erdgeschoss, wo früher die Kita war, wird das neue Gemeindebüro eingerichtet und zudem ein Aufzug eingebaut, der den Gemeindesaal im ersten Stock barrierefrei zugänglich macht. In diesem wunderschönen Raum, entworfen vom großen Baumeister Schinkel, werden dann auch öffentliche Veranstaltungen stattfinden können, auch solche des Lebendigen Zentrums Müllerstraße, aus dessen Fördermittel die Sanierung bezuschusst wird.
Der Zaun hat mit den Sanierungsarbeiten aber nichts zu tun. Er ist auch keine Gemeinheit, die sich der Marktbetreiber auf dem der Kirchengemeinde gehörigen Teil des vorderen Leo hat einfallen lassen, um kurz mal die Sau raushängen zu lassen. Im Gegenteil: er wäre den Zaun auch gerne los, denn er muss dafür zahlen. Ihn zwingt aber die Corona-Verordnung des Landes Berlin, beim Betrieb von Kunst- und Gebrauchtwaren- sowie von Spezialmärkten, die »2G-Bedingung« zu kontrollieren, sich also von jedem Besucher und jeder Besucherin einen Impfnachweis vorweisen zu lassen. Bei einem offenen Platz, der von vielen Seiten her zugänglich ist, lässt sich das nur mit Hilfe eines Zaunes umsetzen. Für einen normalen Wochenmarkt, der überwiegend Lebensmittel anbietet, wäre der nicht notwendig, weil dort, wie beim Lebensmittelhandel in geschlossenen Räumen, keine 2G-Bedingung gilt.

Ch. Eckelt

»Das Argument trägt nicht«, so urteilt der Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel in seinem Rundbrief vom Februar 2022 zu dem Einwand mit dem Marktbetrieb. Die »News von Dassel« verschickt sein Stab im Bezirksamt einmal im Monat, eine ansprechende kleine Bildschirm-Zeitung, die in kurzen Artikeln über die Aktivitäten und Positionen des Bezirkschefs informiert.
Beim Streitpunkt Zaun hat von Dassel natürlich recht. Denn den kann man am Ende des Markttages natürlich auch abbauen, irgendwo lagern und aufbauen, wenn man ihn kurze Zeit später wieder benötigt. Auch wenn das – ebenso wie die Leihgebühren und der Aufbau des Zauns und vor allem die permanente Kontrolle der Marktbesucher und -innen – die Kosten für den Marktbetrieb in zuvor nicht kalkulierte Höhen treibt. Allerdings fordert v. Dassel in seiner Kolumne »Mein Ärger der Woche« eben nicht, die 2G-Bestimmungen im Handel zu lockern, wie wenige Tage zuvor der Handelsverband Berlin-Brandenburg forderte oder die Chefs der vier größten Lebensmittelketten Deutschlands für ihre Branchenkollegen vom Fachhandel (inzwischen will auch das Land Berlin diese Regelung aufheben). Dabei wäre der Zaun ja auch schon dann nicht mehr notwendig, wenn nicht mehr jede und jeder auf dem Markt kontrolliert werden müsste, sondern Stichproben ausreichten.
Von Dassel ging das Problem von der anderen Seite an. »Als Bezirksamt werden wir sehr nachdrücklich auf die Entfernung der Zäune bestehen,« so schrieb er. Dann folgte eine Forderung, die etliche im Kiez teilen dürften: »Idealerweise müsste der vordere Leopoldplatz wieder ganz in die öffentliche Hand. In den nächsten Wochen werden wir prüfen, ob und wenn ja, wie wir als öffentliche Hand das erreichen können.« *cs*

Fixpunkt weiter auf Raumsuche

Der Fixpunkt e.V. sucht weiterhin Räumlichkeiten im Umfeld des Leopoldplatzes, in denen er eine Beratungsstelle mit Publikumsverkehr von Suchtkranken einrichten kann. Der Bauwagen vor der Neuen Nazarethkirche ist dazu nur eingeschränkt nutzbar. Der Bezirk Mitte garantiert dem Vermieter regelmäßige Mieteinnahmen.
Die Räume in der Utrechter Straße, die der Verein in vergangenen Jahr als Stützpunkt für die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter für deren Büroarbeit vorübergehend anmietete, sind unterdessen fürs erste gesichert. Auch wegen der großen Unterstützung des Bezirks war der Eigentümer bereit, einen längerfristigen Mietvertrag zu unterzeichnen.

Philipp, der Ganter, schiebt Wache

Die Kinder des Wedding kennen ihn, zumindest die, die ab und an im »Kinderbunten Bauernhof« vorbeischauen. Und sie haben Respekt vor ihm. Denn Philipp, der Ganter ist ein Macho, ein ziemlich dominanter sogar. Wenn man ihm zu nahe kommt, wird er laut, und wenn man dann nicht auf Abstand geht, kann es auch schon mal zu einem Schnabelhieb kommen.
Die Römer haben bekanntlich Gänse als Wachgänse eingesetzt – Philipp der Ganter hätte unter ihnen gewiss Karriere gemacht. Jetzt wacht er über den Kinderbunten Bauernhof in der Luxemburger Straße gleich neben dem Abenteuerspielplatz Telux. Der ist aus den Mitteln des Lebendigen Zentrums Müllerstraße ja bereits saniert worden. In diesem Jahr ist der Kinderbauernhof dran. Er bekommt ein neues Multifunktionsgebäude und einen neuen Schaf- und Ziegenstall, auch die Außenbereiche werden teilweise neugestaltet. Im Spätsommer soll Baubeginn sein, noch in diesem Jahr der Rohbau fertig werden, im kommenden dann die gesamte Maßnahme abgeschlossen sein, wenn alles so klappt, wie geplant. Was Philipp wohl davon hält? *cs*

Falschparken immer riskanter

Neue Abschlepp-Rekorde im Bezirk Mitte

Im vergangenen Jahr hat das Ordnungsamt Mitte fast doppelt so viele Autos umsetzen lassen wie im Jahr zuvor und sogar annähernd dreimal so viele wie 2018. Darauf machte der Bezirk Anfang Februar mit einer Pressemeldung aufmerksam. Insgesamt 3.951 Mal ließ das Amt demnach im Jahr 2021 die Abschleppfahrzeuge anrücken, im Jahr 2020 dagegen nur 2.032 Mal und im Jahr 2018 sogar nur 1.407 Mal.
Das liegt aber nicht unbedingt an einer drastischen Zunahme von Verkehrsvergehen im Bezirk, die solche Maßnahmen erforderlich machten, sondern vor allem an einer besseren personellen Ausstattung der Berliner Ordnungsämter. Im vergangenen Jahr kam noch ein Sonderprogramm hinzu. Insgesamt 50 Kräfte für den Verkehrsüberwachungsdienst wurden im Bezirk Mitte geschult. Eine Hälfte davon wird jetzt in anderen Berliner Bezirken eingesetzt, die andere verbleibt in Mitte.
Und die scheinen sich voll an die Arbeit zu machen: Alleine im Januar 2022 wurden im Bezirk insgesamt 443 Mal Kraftfahrzeuge umgesetzt, die den Verkehr zu sehr behindert hatten. Die neue für Verkehr zuständige Bezirksstadträtin Almuth Neumann forderte unterdessen den Senat dazu auf, die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass künftig auch die Kräfte für die Parkraumüberwachung Abschleppwagen anfordern dürfen und nicht mehr wie bisher nur die des Verkehrsüberwachungsdienstes. Sollte diesem Ansinnen nachgekommen werden, dürfte Mitte endgültig zu einem teuren Pflaster für notorische Falschparker werden. Denn die Parkraumbewirtschaftung wird derzeit Zug um Zug auf fast den gesamten Bezirk ausgedehnt und der Parkraumüberwachungsdienst entsprechend ausgeweitet und ausgebaut. *cs*

Gegen Platzordnung am Rathaus Wedding

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Gleichstellung und Europa bringt in die Sitzung der BVV Mitte am 17. Februar einen Antrag ein, nachdem sich das Bezirksamt für die Abschaffung der Platzordnung für den Bereich neben dem Rathaus Wedding einsetzen soll. Der ist formell kein öffentlicher Platz sondern ein Ansammlung von Abstandsflächen zur Schiller-Bibliothek und zum Jobcenter Leopoldplatz sowie einzelnen bezirklichen Grün-und Verkehrsflächen.

Die Platzordnung war in den Jahren 2018 und 2019 zwischen den Verfügungsberechtigten dieser Flächen ausgehandelt worden und wird dort seit Ende 2019 auf mehreren großformatigen Tafeln nachdrücklich präsentiert. Aufgeführt sind u.a. Regelungen wie ein grundsätzliches Alkoholverbot, ein Bettelverbot und ein Nächtigungsverbot, die es auf normalem öffentlichem Plätzen nicht gibt. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Grünen, der SPD, der Linken und der FDP beschlossen, lediglich die Verordneten der CDU im Ausschuss stimmten dagegen.

Konflikt auf dem Leopoldplatz

Ende Februar soll das Café Leo verschwinden. Das aber wehrt sich dagegen.

Der Konflikt um das Café Leo scheint sich Ende Februar, Anfang März zuzuspitzen. Bis Ende Februar soll dessen Betreiber Hüsseyin Ünlü den Standort auf dem vorderen Platzteil räumen, so jedenfalls verlangt es das Bezirksamt Mitte. Die Bezirksverordnetenversammlung wiederum ist anderer Meinung. Sie hat den Bezirk inzwischen mehrheitlich dazu aufgefordert, das laufende »Interessenbekundungsverfahren« (IBV) unverzüglich zu stoppen. Es sei nicht rechtskonform und müsse wiederholt werden. Der Betreiber des Café Leo hat Klage gegen die Räumungsverfügung eingereicht.

Egal wie das Verfahren ausgeht, eine Sternstunde für die Bürgerbeteiligung im Bezirk Mitte ist es jedenfalls nicht. Hart kritisiert wird in diesem Zusammenhang ausgerechnet die bezirkliche Präventionskoordination. Die ist eigentlich für die Runden Tische im Bezirk zuständig und damit auch für die Bürgerbeteiligung. Stadtteilvertreter von mensch.müller, die an den entscheidenden Sitzungen des IBV teilgenommen hatten, hatten jedenfalls den Eindruck, dass die Leiterin dieses Amtsbereiches von Anfang an einen anderen Betreiber des Platzcafés als Ünlü wünschte und die Sitzung entsprechend beeinflusste. Die Stadtteilvertretung wurde in der entscheidenden Sitzung jedenfalls ihres ursprünglich zugesicherten Stimmrechtes entledigt, was deren Vertreter als unfreundlichen Akt empfanden und entsprechende Interpretationen begünstigte. Das persönliche Verhältnis etlicher Akteurinnen und Akteure am Leopoldplatz zur Präventionskoordination ist verständlicherweise seitdem stark getrübt.

Das ist bedauerlich, denn das jetzige Café Leo ist aus der Arbeit des Runden Tisches Leopoldplatz hervorgegangen, der vom früheren Präventionsrat des Bezirks Heinz Nopper mit viel persönlichem Engagement und auch viel Fingerspitzengefühl aufgebaut worden war. Hüsseyin Ünlü war als direkter Anwohner von Anfang an dabei und organisierte mehrmals ein großes religionsübergreifendes und öffentliches Fastenbrechen »Iftar« auf dem Platz. Im Café Leo setzten er und seine Mitarbeiter sich auch für die Einhaltung von menschlichen Grundregeln ein, angesichts der ständig wechselnden Konfliktlagen auf dem Leo eine schwere Aufgabe. Denn hier wechseln die Problemgruppen ständig und mit ihnen auch die Personen, die Schwierigkeiten machen. Im vergangenen Sommer zum Beispiel waren es schwer drogenabhängige Flüchtlinge aus Ländern wie Syrien oder Iran, die aus ihren Einrichtungen rausgeflogen waren, jetzt auf der Straße lebten und sich den Leo als Treffpunkt ausgesucht hatten. In diesem Sommer können wieder ganz andere Gruppen Oberhand gewinnen, keiner kann vorhersagen, welche. Im Café Leo wird man sich auf sie einstellen müssen.

Ob die aus dem IBV offiziell als neue Betreiber hervorgegangene Wendepunkt gGmbH die notwendigen Erfahrungen mitbringt, ist zu bezweifeln. Sie ist zwar ein bewährter sozialer Träger mit Wedding-Erfahrung (u.a. Verkehrsschule Wedding). Ihr Sitz ist auf dem ehemaligen Rotaprint-Gelände in der Gottschedstraße. Wie sie aber mit Hilfe von Nähmaschinen und Computerarbeitsplätzen den spezifischen Problemen des Leo beikommen will, bleibt ein Rätsel. Auf der nur 40 qm großen Innenfläche des Café Leo will die gGmbH künftig mit altbewährten Sozialangeboten wie Nähwerkstatt und Digitalem Lernen arbeiten: In der Gottschedstraße mag das Sinn ergeben, mitten auf dem Leo aber nicht. Offenbar war sich die Geschäftsführung des Sozialen Trägers bei ihrer Bewerbung auch nicht klar darüber, dass sich für's Café Leo keine Versicherung finden wird. Bei ihm wurde in den vergangenen Jahren häufig eingebrochen, erzählt Hüsseyin Ünlü, teilweise wurde auch mutwillig einfach nur das Zeltdach über den Außenplätzen zerstört. Keine Versicherung würde das Risiko an so einem Ort noch übernehmen. Computer und Nähmaschinen könne man allein schon aus diesem Grund hier wohl kaum aufbauen, geschweige denn fest installieren. *cs*

Engagieren Sie sich in bezirklichen Beiräten!

Für den Bezirksbeirat für Menschen mit Behinderung, den Frauenbeirat Mitte und den Bezirksbeirat für Partizipation und Integration sucht der Bezirk noch Ehrenamtliche, die spezifische Erfahrungen und Kenntnisse in den jeweiligen Themenfeldern einbringen. Voraussetzung ist ein Wohnsitz oder eine Arbeitsstelle im Bezirk Mitte. Die Bewerbungsfrist endet am 28. Februar 2022. Weitere Informationen unter:
www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/gremien

Man wohnt eng an der Müllerstraße

Sozialstudie liefert erste Ergebnisse

Das Sanierungsgebiet Müllerstraße (Karte auf Seite 15) erstreckt sich vor allem entlang der zentralen Weddinger Geschäftsstraße: Es reicht von der Müllerstraße aus in der Regel nur einen Block weit bis zur jeweils nächstgelegenen parallelen Seitenstraße. Es wurde festgesetzt, um eine besondere rechtliche Kulisse für das bundesweite Förderprogramm »Aktive Stadt- und Ortsteilzentren« (inzwischen: »Lebendige Zentren und Quartiere«) zu bilden und damit die Geschäftsstraße zu stärken.
So beziehen sich die festgeschriebenen Ziele der Sanierung auf die Verbesserung der Infrastruktur, die Aufwertung des öffentlichen Raums, Geschäftsstraßenmanagement und Imageverbesserung und nicht in erster Linie auf die Sanierung von Wohnraum. Der Bereich Wohnen kommt in den ursprünglichen Zielsetzungen eigentlich nur im Zusammenhang mit angestrebten Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes vor. Denn als das Sanierungsgebiet im Jahr 2011 festgesetzt wurde, spielten in der politischen Debatte die Themen Wohnungsnot und Mietentwicklung lange nicht so eine große Rolle wie heute. Jetzt werden die Zielsetzungen der Sanierungsgebiete um die soziale Komponente des Wohnungsangebots ergänzt. Das kann das Land Berlin aber nicht einfach beschließen, sondern muss sich dabei auf methodisch fundierte Untersuchungen stützen. Die Büros argus und S.T.E.R.N. haben diese inzwischen für das Sanierungsgebiet Müllerstraße durchgeführt.
Zu dieser Untersuchung gehörte auch eine Anwohnerbefragung. Mehr als 6.000 Fragebögen wurden dazu in die Haushalte des Sanierungsgebietes verteilt. Die Rücklaufquote betrug 13,8 %, das hält sich im Rahmen des Üblichen bei solchen Befragungen. Dabei nahmen Personen mit Migrationshintergrund und solche mit ausländischer Staatsangehörigkeit deutlich seltener teil, als ihr Anteil an der Bevölkerung verlangt hätte. Deshalb mussten die Ergebnisse »gewichtet« – also auf diesen Anteil hin umgerechnet werden.

Die Ergebnisse sind in mancher Hinsicht überraschend. So gaben rund 63 % der Befragten an, in einer 1- oder 2-Zimmer-Wohnung zu wohnen. Das ist weit mehr als der Durchschnitt im Bezirk Mitte (29 %) und wohl ein Erbe aus alter Zeit: etwa drei Viertel der Wohnungen im Sanierungsgebiet stammen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Gleichzeitig ist die durchschnittliche Haushaltsgröße im Gebiet aber mit 1,9 sogar noch größer als die im gesamten Bezirk Mitte (1,7). Man wohnt also wesentlich enger im Wedding. Und es gibt weniger Haushalte mit Kindern – jedenfalls unter den Teilnehmern der Befragung. Nur 13 % der Haushalte im Sanierungsgebiet (im Bezirk aber 21 %) umfassen auch Kinder unter 18 Jahren. Viele Haushalte bestehen denn auch aus mehr als zwei Erwachsenen: wahrscheinlich Familien, deren Kinder volljährig sind aber noch in der elterlichen Wohnung wohnen, oder die Geschwister oder Freunde »vorübergehend« aufgenommen haben, aber durchaus auch WGs.
Da verwundert es nicht, dass 29 % der Befragten Umzugswünsche äußern, die häufigste Begründung ist (43,4 %) »die Wohnung ist zu klein«, gefolgt von (41,9 %) »persönliche Gründe (z.B. Arbeitsplatzwechsel, Ausbildung…)«. Der Wohnungsmarkt in Berlin ist blockiert, das wirkt sich auch im Wedding aus.

Es fragt sich allerdings, was man aus den gewonnenen Erkenntnissen machen soll. Man könnte etwa im Sanierungsgebiet künftig den Neubau von weiteren Mikro-Apartment-Anlagen wie der an der Ecke Utrechter und Müllerstraße ausschließen. Aber bei dem inzwischen doch sehr begrenzten Neubaupotenzial würde das keine allzu große Wirkung mehr entfalten. Man könnte bei der Sanierung von Wohnraum die Schaffung familiengerechter Wohnungen zum Ziel erklären. Aber ohne Förderprogramme, die das den Eigentümern finanziell schmackhaft machten, bliebe das wohl auch nur ein frommer Wunsch. Zumal nur 7 % der Wohnungen im Gebiet schlecht ausgestattet sind und noch mit Einzelöfen heizen, wie die Befragung ergab. Neue Förderprogramme sind derweil vor allem im Energiesparbereich in Aussicht und wären im Gebiet wohl auch auf einen Großteil der Wohnhäuser anwendbar. Denn nur 17% der Fassaden sind nach den Ergebnissen der Umfrage derzeit schon gedämmt. Doch ob sich über die ökologischen Zielsetzungen hinaus auch noch zusätzliche soziale Ziele in den Förderprogrammen des Bundes verankern lassen, erscheint derzeit eher unwahrscheinlich. Aber man weiß ja nie. *cs*

LESERUMFRAGE

Wie finden Sie die »Ecke Müllerstraße«?

Liebe Leserinnen und Leser,

unser Vertrag mit dem Auftraggeber sieht auch eine Evaluierung unserer Arbeit nach einem bestimmten Zeitraum vor – also eine Überprüfung der Wirksamkeit der Zeitung. Erreichen wir unsere Adressaten? Erfüllen wir das, was Sie von einem Informationsmedium im Gebiet erwarten? Wie können wir unsere Arbeit noch verbessern?
Hierbei können Sie uns behilflich sein! Und zwar, indem Sie sich an unserer Leserbefragung beteiligen – es sind nur wenige Fragen zu beantworten!

Unter allen Teilnehmern verlosen wir drei kultige Kaffeepötte »Wedding«.
Einsendeschluss ist der 28. März 2022.
Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen an:
Ecke Müllerstraße c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin. Der Fragebogen kann auch per Mail an die Adresse eckemueller@gmx.net geschickt werden.
Die Fragebögen können selbstverständlich auch anonym geschickt werden, nehmen dann aber nicht an der Verlosung der Preise teil. Sämtliche Angaben werden vertraulich und nach Datenschutzrichtlinien behandelt.

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Fühlen sie sich durch die Ecke gut über das Geschehen im Fördergebiet Müllerstraße informiert? (bitte Zutreffendes ankreuzen)

- ☐ sehr gut
- ☐ weniger gut
- ☐ gar nicht

Gefallen Ihnen die Gestaltung der Ecke und die Fotos?

- ☐ sehr gut
- ☐ weniger gut
- ☐ gar nicht

Ist es für Sie einfach, die aktuelle Ausgabe zu erhalten?

- ☐ sehr
- ☐ weniger
- ☐ gar nicht

Wo finden sie die Zeitung normalerweise? (Mehrfachnennungen möglich!)

- ☐ Laden / Geschäft
- ☐ öffentliche Einrichtung
- ☐ über Nachbarn
- ☐ im Internet
- ☐ im Briefkasten

Welche Themen interessieren Sie am meisten? (Mehrfachnennungen möglich!)

- ☐ Aktuelles aus dem Kiez
- ☐ Bauen und Wohnen
- ☐ Verkehr, Klimaschutz und öffentliche Räume
- ☐ Historisches
- ☐ Porträts / Menschen / Gewerbe
- ☐ Bürgerbeteiligung / Initiativen
- ☐ Kultur / Veranstaltungen

Mit welchen Themen sollte sich die Ecke Müllerstraße künftig mehr beschäftigen?

……

……

Haben Sie noch weitere Anregungen oder Kritik an der Zeitung?

……

……

- ☐ Ich wäre damit einverstanden, wenn diese Kritik in der Zeitung als Lesermeinung veröffentlicht wird und zwar unter folgender Namensnennung:
- ☐ Ich möchte nicht, dass diese Kritik in der Zeitung veröffentlicht wird.

Zuletzt ein paar kurze Fragen zu Ihrer Person:

Leben Sie im Gebiet rund um die Müllerstraße?

- ☐ Ja – Wenn ja, wie lange schon? …… Jahre
- ☐ Nein

Wie alt sind Sie?

…… Jahre

Ich bin …

- ☐ eine Frau
- ☐ ein Mann
- ☐ divers

Ch. Eckelt

Nordlicht in dunkler Zeit

Jobcenter und Bibliothek erleuchten den Wedding

Noch bis Ende Februar erstrahlen täglich ab 17 Uhr die »Nordlichter« auf dem namenlosen Platz zwischen der Schiller-Bibliothek und Rathaus Wedding. An der Aktion, die im Dezember begann, hat sich in diesem Winter erstmals auch die Schiller-Bibliothek beteiligt. Vermutlich werden uns die Lichter auch in den kommenden Jahren erfreuen, stoßen sie doch allenthalben auf große Zustimmung.
Der Energieverbrauch ist dank moderner LED-Technik gering. Es wird kein großer Tannenbaum aus dem Wald geholt und geopfert. Zudem ist die Aktion frei von religiösen Anspielungen und passt deshalb gut in den multikulturellen Wedding, wo nur eine Minderheit das Weihnachtsfest Ende Dezember religiös und rituell feiert. Die Jahreszeit ist aufgrund unserer geographischen Breite eben sehr dunkel, da tut ein wenig Aufhellung allen gut, egal wo man geboren ist und an was man glaubt.
Der Name »Nordlichter« verweist auf diesen Umstand und zudem auch darauf, dass das Zentrum des Wedding den Norden des Berliner Stadtzentrums markiert. Die Licht-Aktion mit den typischen Farben des niederländischen Malers Piet Mondrian fand erstmals im Winter 2019/2020 statt. *cs*

Welcher Ausschuss?

Stadtteilvertretungen und BVV sind sich uneinig

Die Stadtteilvertretung mensch.müller hatte bislang besondere Mitwirkungsmöglichkeiten im Ausschuss der BVV für Stadtentwicklung. Die wurden ihr jetzt genommen: Auf Antrag der Grünen und der SPD beschloss die BVV Mitte im November, dass künftig die »Berichte der Stadtteilvertretungen« in den Ausschuss »Soziale Stadt« zu integrieren seien.
Dagegen wehren sich die drei Stadtteil- bzw Betroffenenvertretungen der Sanierungsgebiete Müller-, Turm- und Köpenicker Straße. Denn im Ausschuss Soziale Stadt werden die Vorgänge aus dem Bereich »Sozialraumorientierte Planungkoordination« verhandelt, der zum Geschäftsbereich des Bezirksbürgermeisters gehört. Im Ausschuss Soziale Stadt wurden bislang lediglich die Quartiersräte der Quartiersmanagement-Gebiete in besonderer Weise beteiligt. Die Vertretungen der Sanierungsgebiete jedoch haben rechtlich einen anderen Status. Sie erfüllen Aufgaben, die im Baugesetzbuch festgelegt sind und beraten in dieser Funktion regelmäßig und regulär den Fachbereich Stadtplanung im Stadtentwicklungsamt. Der gehört zum Ressort von Bezirksstadtrat Ephraim Gothe. In den Sanierungsgebieten werden wesentlich mehr öffentliche Mittel bewegt als in den QM-Gebieten. Nachbarschaftliche Projekte können dort zwar auch gefördert werden, der Schwerpunkt liegt aber eindeutig im baulichen Bereich, wo die Fördersummen ungleich viel höher ausfallen. Auch deshalb hält mensch.müller eine regelmäßige Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung für zweckmäßiger. *cs*

Stadtteilvertretung mit Verkehrszählgerät

Die Stadtteilvertretung mensch.müller hat sich zu Weihnachten ein ganz besonderes Geschenk gemacht: Sie schaffte sich aus den Mitteln, die ihr jedes Jahr zur Verfügung stehen und die noch nicht ausgeschöpft waren, ein Gerät an, mit dem man automatische Verkehrszählungen durchführen kann. Man muss es dazu z. B. auf dem Balkon aufstellen (der aber nicht zu weit oben sein darf und unbehinderten Blick auf die Straße gewährleisten muss) und mit einem Rechner verbinden. Derzeit wird der Betrieb von den Mitgliedern von mensch. müller erprobt.
Wirklich sinnvoll eingesetzt werden kann es jedoch erst, wenn es abends wieder heller wird. Dann kann man damit die unterschiedlichen Verkehrsströme im öffentlichen Raum den ganzen Tag über erfassen und statistisch auswerten. Die Stadtteilvertretung kann dann belegen, welche Straßen besonders belastet sind und wo ggf. Maßnahmen zur Verminderung des Durchgangsverkehrs erforderlich sind, oder wo eine zusätzliche Ampel über die Müllerstraße notwendig wäre. Letzteres hat sie allerdings schon früher durch manuelle Zählungen nachgewiesen, ohne dass das bisher spürbare Folgen hatte.
Dennoch: Die Debatte um »Kiezblocks« hat in Berlin gerade erst begonnen. Wer es für sinnvoll hält, den Verkehr vor seiner Haustür zu messen, sollte sich an mensch.müller wenden (Kontakt siehe Seite 15).

Ehrenamt würdigen

Aufwandsentschädigungen für die Stadtteilvertretungen in Mitte fortsetzen!

Offener Brief der Stadtteilvertretungen Turmstraße und Müllerstraße sowie der Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt

Sehr geehrte Frau Sanehy [Vorsitzende des Ausschuss Soziale Stadt der BVV Mitte, Anm. d. Red.],

die Stadtteilvertretungen Turmstraße, Müllerstraße und Nördliche Luisenstadt haben es sehr begrüßt, dass ihre ehrenamtliche Arbeit in Mitte 2020/21 erstmals auch durch eine Aufwandsentschädigung gewürdigt wurde. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Bezirk Mitte der einzige Berliner Bezirk ist, der damit die Arbeit der vielen Menschen in den Stadtteilvertretungen und Quartiersräten honoriert, schätzen wir dieses »bezirkliche Statement für die Anerkennung der Engagierten« sehr hoch ein. Umso unverständlicher müssen wir nun wahrnehmen, dass dies nach dem Willen des Bezirksamtes nicht mehr fortgesetzt werden soll.

Die Stadtteilvertretungen Turmstraße, Müllerstraße und Nördliche Luisenstadt fordern die politisch Verantwortlichen in der BVV-Mitte daher auf, in den anstehenden Beratungen zum Haushaltsplan 2022/23 – wie bereits im BVV-Beschluss DS 3132/V zu »Auflagenbeschluss zum Eckwertebeschluss« formuliert – eine finanzielle Vorsorge dafür zu treffen, dass die Finanzierung von Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder der Quartiers- und Vergaberäte, Stadtteil- und Betroffenenvertretungen sowie den Frauenbeirat Stadtplanung auch in den kommenden Jahren gewährleistet wird.
Im Rot/Grün/Roten-Koalitionsvertrag für Berlin verpflichtet sich die Koalition schon in der Präambel, das Ehrenamt zu fördern: »Unsere Stadt lebt von ihrer vielfältigen Zivilgesellschaft – von Vereinen, Initiativen und Gemeinschaften. Berlin ist Stadt des Ehrenamts. Wir setzen uns zum Ziel, die ehrenamtlich Engagierten zu unterstützen, auf Augenhöhe zu agieren und ansprechbar zu sein. Unsere Politik entwickeln wir im Dialog und Austausch.«
In diesem Sinne soll den Menschen im Bezirk Mitte für die vielen Stunden ihrer ehrenamtlichen Arbeit zum Wohle unseres Bezirkes weiterhin mit einer kleinen Aufwandsentschädigung eine kleine Anerkennung ausgesprochen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Für die Stadtteilvertretung Turmstraße: Thomas Bausch
Für die Stadtteilvertretung Müllerstraße: Andreas Ideker
Für die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt: Erik Natter

Ch. Eckelt

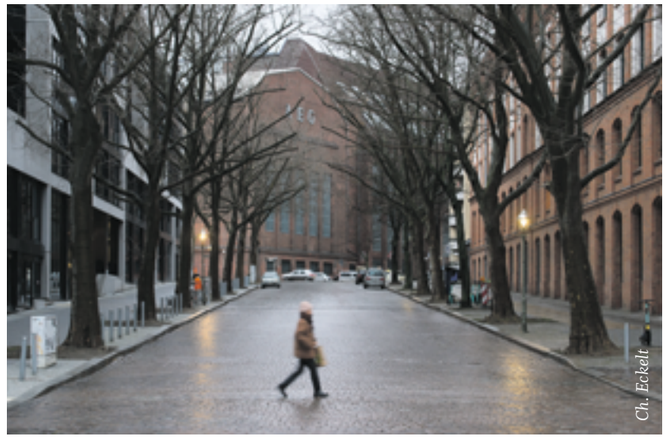
Erläuterung der Redaktion:

Seit zwei Jahren schon erhalten die Sprecherinnen und Sprecher der drei Stadtteilvertretungen eine symbolische Aufwandsentschädigung für ihre Teilnahme an den regelmäßigen Sitzungen der Beiräte der Sanierungsgebiete Turmstraße, Müllerstraße und Nördliche Luisenstadt. Dort erfüllen sie die im §137 des Baugesetzbuch festgelegten gesetzlichen Aufgaben der Mitwirkung bei der Sanierung und der frühzeitigen Erörterung der Sanierung. Die Höhe der Entschädigung bemisst sich an den ca. zwei Stunden, die eine monatliche Sitzung in der Regel dauert. Oft spenden die Sprecherinnen und Sprecher die jährlich zusammengekommene Summe an Initiativen aus den jeweiligen Gebieten.
Keinerlei Aufwandsentschädigung wird dagegen für die Teilnahme an den oftmals tagelangen Jurysitzungen gezahlt, bei denen z. B. architektonische oder landschaftsarchitektonische Entwürfe bewertet werden. Andere fachliche Experten und -innen erhalten dagegen Sitzungsgelder und die Mitarbeiter und -innen der Verwaltung rechnen die Jurysitzungen natürlich auf ihre Arbeitszeit an.

Die Aufwandsentschädigungen für die Beiratssitzungen im Bereich Sanierung summieren sich für den Bezirk jährlich allenfalls zu niedrigen vierstelligen Gesamtsummen – zu wenig, um einen eigenen Titel im Bezirkshaushalt zu rechtfertigen. Offenbar ist es aber auch nicht gelungen, die Mittel anderswo fest einzuspeisen. Das ist kompliziert, auch weil die anderen Beiräte (Quartiersbeiräte, Frauenbeirat) jeweils anderen haushaltsrechtlichen Bereichen zuzuordnen sind.
Die allgemeine Haushaltssperre, die auf Berlin lastet, tut ein Übriges. Ohne einen vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Landeshaushalt 2022 dürfen derzeit nur noch Gelder ausgezahlt werden, die vertraglich gebunden sind oder wo die zuständige Senatsverwaltung dem ausdrücklich zustimmt. Das führt bei pandemiebedingt ohnehin nur begrenzter Handlungsfähigkeit zu zusätzlichen Reibungsverlusten. *cs*

Kieze ohne Parkplätze

E-Mobilität und autonomes Fahren werden den öffentlichen Raum revolutionieren



Verschwinden in der Berliner Innenstadt in absehbarer Zeit die Autos von den Straßenrändern? Was machen wir dann mit dem gewonnenen öffentlichen Raum? Diese Fragen sind nicht mehr utopisch, sondern angesichts der langen Zeiträume von Stadtentwicklung höchst aktuell. Denn die Revolution ist schon im Gange. Milliarden Dollar, Euro, Yen und Renminbi werden für die Entwicklung von Technologien bewegt, Bündnisse zwischen Großkonzernen geschmiedet, in Deutschland sogar schon erste gesetzliche Regelungen verabschiedet: Das autonome Fahren wird in den kommenden Jahrzehnten die Welt verändern – und grundlegend auch die Berliner Innenstadt.

Die Wende kommt mit der Elektromobilität

Mehr als 15 Millionen PKW, rund ein Viertel des Gesamtbestandes, sollen im Jahr 2030 rein elektrisch auf Deutschlands Straßen unterwegs sein. So verkündet es der Koalitionsvertrag der neuen Ampelregierung. Eine Million öffentlich zugänglicher Ladesäulen sollen das ermöglichen. Berlin strebt in seinem neuen Koalitionsvertrag sogar eine »Zero-Emission-Zone« an (freilich ohne Jahresangabe), aus der Verbrennungsmotoren völlig verbannt sein sollen – zunächst im Innenstadtbereich und später in der gesamten Stadt. Für jeweils zehn Elektroautos soll dann im Schnitt eine öffentlich zugängliche Ladesäule verfügbar sein. Ein ehrgeiziges Ziel, zumal diese Säulen ja auch mit ausreichend Strom versorgt werden müssen, wofür die Leitungsnetzwerke noch entsprechend »ertüchtigt« werden müssen (und so was kann bekanntlich dauern in unserer Stadt). In der Innenstadt, wo kaum ein Haus mit privaten Carports ausgestattet ist und nur vereinzelte Bauten aus dem letzten Quartal des 20. Jahrhunderts mit Tiefgaragen, wäre aber selbst das angestrebte Verhältnis von 1:10 zu wenig, um jederzeit bequem über Nacht sein E-Mobil an der nächstgelegenen öffentlichen Ladesäule abstellen und aufladen zu können. Derzeit kann man jedenfalls in Berlin-Mitte niemandem raten, sich ein reines E-Auto anzuschaffen, falls man nicht das Glück hat, über eine private Ladestation im unmittelbaren Wohnumfeld zu verfügen. Denn die wenigen öffentlichen Ladesäulen in der Nähe sind fast immer belegt, wenn man sie braucht. Selbst Schnellladesäulen etwa an Supermarktparkplätzen wären keine echte Erleichterung: Die Aussicht, regelmäßig Zeit und Mühe für das Laden einplanen und aufwenden zu müssen, schreckt unabhängig von den Preis- und Kostenfragen in Innenstädten viele vom Kauf eines reinen E-Autos nachhaltig ab. Trotz des aktuellen Verkaufsbooms von reinen E-Fahrzeugen (deren aktueller Marktanteil verdoppelte sich 2021 annähernd und liegt in ganz Deutschland schon bei knapp einem Siebtel) sieht man in Berlin-Mitte jedenfalls nur selten Nummernschilder mit einem »E« am Ende. Und wenn, dann handelt es sich oftmals um einen Plug-In-Hybrid.

Wann kommt das autonome Quartiersparken?

Das würde sich jedoch schlagartig ändern, wenn die Fahrzeuge technisch und rechtlich in der Lage wären, autonom zur nächstgelegenen freien Ladesäule zu fahren und sich aufzuladen sowie sich anschließend selbständig einen Parkplatz zu suchen. Und wenn man es per Smartphone anfordert, könnte es dann fahrerlos zum jeweiligen Standort kommen. Dabei reichte es völlig, wenn die E-Autos im fahrerlosen Modus nur über kurze Strecken mit verminderter Geschwindigkeit auf Nebenstraßen unterwegs sind und Hauptverkehrsstraßen höchstens mal ampelgesichert kreuzen. Technisch sind wir zu so etwas schon fast in der Lage: In Tegel etwa läuft schon seit mehreren Jahren ein Modellprojekt der BVG und diverser Forschungseinrichtungen, bei dem sich computergesteuerte Kleinbusse mit 15 km/h im normalen Verkehr bewegen. Sie fahren dabei vollautomatisiert (aber noch unter menschlicher Aufsicht) Haltestellen auf Nebenstraßen ab und sammeln dabei genau die Praxiserfahrungen, die für die Entwicklung dieses begrenzten autonomen Parkverkehrs benötigt werden.
Auch rechtlich bewegt sich Deutschland in diese Richtung. Im vergangenen Jahr wurde bundesweit in einem Gesetzespaket unter anderem das fahrerlose »Automated Valet Parking« zugelassen, das entsprechend ausgerüsteten Fahrzeugen erlaubt, in Parkhäusern und Tiefgaragen vollautomatisch nach einem Parkplatz zu suchen. Bis zum vollautomatisierten Quartiersparken wäre es deshalb in Deutschland juristisch nur noch ein kleiner Schritt. Die deutschen Automobilkonzerne machen Druck, schon weil auch im Wachstumsmarkt China die Entwicklung rasant voranschreitet.

Zwar schätzen Experten, dass es noch mindestens zwanzig Jahre dauern wird, bis vollautonome Fahrzeuge ohne Lenkrad marktreif sein könnten. Auf dem Weg dorthin werden Zwischenlösungen wie ein autonomer, quartiersnaher Park-und Ladesuchverkehr eine wichtige Wegmarke sein.

Experimentierfeld Wedding oder Kopenhagen?

Die Berliner Innenstadt bietet sich dazu als Experimentierfeld geradezu an. Nicht nur weil sie dicht bewohnt ist, dabei aber vergleichsweise moderat verkehrsbelastet ist, sondern vor allem, weil sie in ihrem großen gründerzeitlichen Stadtgebiet ausreichend breite Straßen bietet, um einen experimentellen autonomen Quartiersverkehr verkraften zu könnten. Zudem böte das Zentrum der deutschen Hauptstadt für die deutsche Automobil-Industrie natürlich auch den Vorteil, dass die Mitarbeiter und -innen des Bundesverkehrsministeriums in der Invalidenstraße sowie die des Deutschen Bundestags selbst Teil solcher Praxistests wären. Und natürlich würden solche Experimente in Berlin weltweit wahrgenommen: Für das Marketing nicht nur deutscher, sondern auch internationaler Automarken wie Tesla wäre das ein zusätzlicher Vorteil.
Aber auch andere europäischen Städte böten gute Bedingungen für so einen Praxistest, vor allem in Skandinavien. In Kopenhagen zum Beispiel sind ja schon jetzt ganze Stadtteile mit Quartiersparkhäusern ausgestattet, Parkplätze weitestgehend vom öffentlichen Straßenland verbannt und wohnungsnahe Tiefgaragen praktisch nicht existent. Dort wartet man geradezu auf entsprechende Angebote der Automobilindustrie.
Aber auch in der Westberliner Innenstadt gibt es etliche Viertel, in denen ähnliche Quartiersparkhäuser ohne großen Aufwand eingerichtet werden könnten. Im Wedding zum Beispiel stehen derzeit zwei große Parkhäuser komplett leer (Triftstraße und ehem. Schillerpark-Center), andere sind chronisch unternutzt, weil sie zu Zeiten entstanden sind, in denen die Vision der »autogerechten Stadt« den Städtebau beherrschte. Zudem gibt es viele Tiefgaragen unter den Wohnanlagen des ehemaligen sozialen Wohnungsbaus, die gleichfalls nur halb ausgenutzt sind. Dieser brach liegende Parkraum könnten sich relativ einfach für so ein »autonomes Quartiersparken« mobilisieren lassen. Allerdings ist die Situation in Ostberlin grundsätzlich anders. Die Plattenbausiedlungen sind dort generell ohne Tiefgaragen geplant und gebaut und selbst das Gebiet um den zentralen Alexanderplatz wurde erst nach der Jahrtausendwende mit Tiefgaragen und Parkhäusern ausgestattet.

Epochenwechsel für Berlin

Der Bedarf an Parkraum wird in der Innenstadt in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vermutlich drastisch zurückgehen. Denn falls die E-Mobile der näheren Zukunft tatsächlich in der Lage sein sollten, lokal begrenzt autonom auf Parkplatzsuche zu gehen und sich dabei selbständig aufzuladen, dann würde das die Attraktivität von Car-Sharing-Modellen natürlich ungemein steigern. Car-Sharing wäre dann nämlich nicht mehr mit der zusätzlichen Mühe verbunden, sich sein Fahrzeug erst mal irgendwo im Stadtgebiet aufstöbern zu müssen, weil dieses seinen Weg zum Anfordernden selbst findet. Wer sein Auto nicht täglich braucht, wäre mit dieser Alternative wahrscheinlich besser bedient, nicht unbedingt nur finanziell, sondern vor allem hinsichtlich des Aufwands, den man so investieren muss. Zudem könnte man sich auch aussuchen, welchen Fahrzeugtyp man gerade benötigt: einen Transporter oder ein Familienfahrzeug zum Beispiel. Langfristig wird sich vermutlich die heutige Automobilindustrie sowieso zu einem Dienstleistungsgewerbe entwickeln, das nicht mehr Fahrzeuge, sondern Fahrten verkauft. Öffentliches Straßenland dafür zu nutzen, die Anbieter dieser Dienstleistungen mit Abstellraum für ihren Maschinenpark zu subventionieren, wird irgendwann schlicht nicht mehr statthaft sein.
Das wird jedoch enorme Auswirkungen auf die Entwicklung der Städte haben, ganz besonders in Deutschland. Denn einen so verschwenderischen Umgang mit dem öffentlichen Raum wie hierzulande leistet man sich in Asien zum Beispiel schon lange nicht mehr. In Tokyo etwa kann man schon seit vielen Jahrzehnten erst dann ein Auto anmelden, wenn man dafür einen privaten Parkplatz im Wohnumfeld nachweisen und bezahlen kann.
Bei uns deutet sich also ein Epochenwechsel an. Dessen konkrete Auswirkungen sind aber nur schwer zu prognostizieren. Was machen wir mit den gewonnenen Flächen im öffentlichen Straßenland? Wie kann man nicht mehr benötigten Parkraum kurzfristig umnutzen, wie langfristig umbauen? Diverse Experimente etwa mit »Parklets« oder »Begegnungszonen« haben noch nicht so recht überzeugt. Und die gegenwärtige Debatte um »Kiezblocks« erschöpft sich meist leider in Phantasien darüber, wie man den Durchgangsverkehr mittels Straßensperren und Einbahnstraßen aus einzelnen Wohngebieten heraushalten kann. Die kennen wir aber schon seit den 1980er Jahren. *cs*

Das Foto auf der gegenüberliegenden Seite entstand im Weddinger Brunnenviertel. Nachdem dort die Parkraumbewirtschaftung eingeführt ist, sind in gewerblich genutzten Teilgebieten wie hier die Parkstreifen meist völlig verwaist.

Ch. Eckelt (2)

Sturmtief schlägt zu

Nadia räumt Bauzaun in der Adalbertstraße ab

Winterstürme sind gefährlich, nicht nur in Wäldern und Parks. Vor umfallenden Bäumen und abbrechenden Ästen warnen die Grünflächenämter jedenfalls regelmäßig. Die können auch außerhalb von Grünanlagen Sach- und Personenschäden verursachen.
Gefährlich werden können aber auch Gegenstände, die vom Sturm erfasst werden und umfallen. In Beelitz bei Berlin verstarb in der Nacht vom 29. auf den 30. Januar ein 58-Jähriger, nachdem ein Wahlplakat für die Landratswahl im Kreis Potsdam-Mittelmark umgeworfen und auf eine Gruppe Fußgänger geschleudert worden war. Das Sturmtief Nadia hatte an diesem Wochenende über Norddeutschland gewütet und Teile von Hamburg unter Wasser gesetzt. Auch in Berlin richtete es Schäden an.
Unser Fotograf Christoph Eckelt war davor und danach u.a. in der Adalbertstraße unterwegs, wo gerade der Neubau einer Grundschule vorbereitet wird. Der Bauzaun um das Gelände macht vor dem Sturm eigentlich einen recht stabilen Eindruck, nach dieser Nacht blieb davon nur noch ein Haufen Schrott. Zum Glück kam niemand zu Schaden.

BerlinerBäumeWässerer

Vielen Straßenbäumen geht es nicht gut. In der ehrenamtlichen Initiative »BerlinerBäumeWässerer« haben sich deshalb schon viele zusammengefunden, die Straßenbäume in ihrer Nachbarschaft gießen wollen.
Nach dem Bezirk Neukölln arbeitet jetzt auch der Bezirk Mitte mit der Initiative zusammen. So wurden an etlichen Straßenbäumen kleine Schilder angebracht, auf denen ein QR-Code auf die Facebook-Seite der BerlinerBäumeWässerer verweist. Dort finden sich Menschen, die die Stadtbäume in ihrer Gegend pflegen wollen, in ihren jeweiligen Nachbarschaften zusammen: Man tauscht sich untereinander aus und hilft sich gegenseitig – aus der Baumpflege wird Nachbarschaftspflege.
Das Konzept scheint aufzugehen. Die Initiative wurde 2018 gegründet und hat in ganz Berlin bereits knapp 500 Mitglieder. Weitere Informationen:
www.facebook.com/groups/255280161504955O

Wahl der Seniorenvertretung

In der Woche vom 14. März bis 18. März 2022 haben 68.853 wahlberechtigte Seniorinnen und Senioren im Bezirk Mitte die Möglichkeit, aus 19 Kandidatinnen und Kandidaten die neue bezirkliche Seniorenvertretung des Bezirks Mitte zu wählen. Hierfür haben sie bereits eine Wahlbenachrichtigung erhalten.
Wer etwa auf Grund der Pandemie in der Wahlwoche keines der 5 Wahllokale aufsuchen will, hat bis zum 28.02.2022 die Möglichkeit, Briefwahlunterlagen zu beantragen. Dazu steht der Antrag auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung zur Verfügung. Dieser muss unterschrieben sein und kann per Post, per Fax oder per E-Mail zurückgeschickt werden. Der Barcode sollte in jedem Fall lesbar sein.
Für Fragen rund um die Wahl der Seniorenvertretung steht eine Telefon-Hotline zur Verfügung: unter (030) 90 28 85 00 von Montag bis Freitag in der Zeit von 09–15 Uhr.

müller/str

Informationen und Dokumentationen zum Lebendigen Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse Aktives Stadtzentrum
- Sanierungsgebietsgrenze

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: Di 9–12 Uhr,
donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32

Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
Gonzalo Milcoff (030) 9018 45409
gonzalo.milcoff@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
Jahn, Mack und Partner
Wilhelm-Kabus-Straße 74, 10829 Berlin
Karsten Scheffer (030) 85 75 77 28
Carla Schwarz (030) 85 75 77 26
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de
Wenn Sie per E-Mail Informationen der Stadtteilvertretung erhalten möchten, dann senden Sie eine E-Mail an: mitteilungen@stadtteilvertretung.de

Runder Tisch Leopoldplatz
Frau Castelot
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-322 50

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Runder Tisch Sprengelkiez
Sprengelstraße 15, 13353 Berlin
(030) 20 06 78 85
info@runder-tisch-sprengelkiez.de
www.runder-tisch-sprengelkiez.de

Mieterberatung Wedding
für Bewohner der Milieuschutzgebiete Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße sowie des Sanierungsgebietes Müllerstraße
Mo 10–12 Uhr, Do 16–18 Uhr
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
(030) 44 33 81-11
www.mieterberatungpb.de
team-wedding@mieterberatungpb.de

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
BERLIN

Ch. Eckelt

ECKENSTEHER

Verpasste Chance oder wie ich im Wedding Buddha begegnete

Kennen Sie das Gefühl, den richtigen Zeitpunkt verpasst zu haben? Sich darüber zu ärgern, nicht schnell genug in Aktion getreten zu sein? Und sich von diesem Ärger dann auch noch daran hindern zu lassen, wenigstens den zweitbesten Zeitpunkt zu nutzen? Die Gelegenheit streicht dann ungenutzt an einem vorbei und kommt dann vielleicht nie wieder.

Neulich, ich war gerade auf dem Heimweg, kam mir ein Mann auf dem Bürgersteig entgegen. Er war so mittelalt, kein Jugendlicher, kein Greis, und hatte asiatische, vielleicht auch zentralasiatische Gesichtszüge. Mongole? Usbeke? Uigure? Oder vielleicht doch Chinese, so gut kenne ich mich da nicht aus. Auf einmal jedenfalls tat er etwas völlig Unerwartetes. Er bückte sich und hob einen umgefallenen elektrischen Tretroller auf. Den stellte er anschließend säuberlich am Straßenrand ab. Dann ging er weiter, in der Bewegung kreuzten sich unsere Blicke kurz.

Das war der verpasste Moment. Eigentlich hätte ich mich in dieser Sekunde vor ihm verbeugen müssen. Oder ihm in der folgenden Sekunde wenigstens noch ein »Respekt« oder »Hochachtung« hinterherrufen sollen. Denn so ein Verhalten ist extrem selten in unserer Stadt. Ich selber bin, ehrlich gesagt, noch nie auf die Idee gekommen, so was zu tun.

Mir kam der Mann danach vor wie ein Bodhisattva, ein buddhistischer Heiliger, der auf die Erlösung im Nirvana vorerst verzichtet und der aus Liebe zu den Menschen noch eine Zeitlang auf Erden wandelt …
Meine Phantasie war von ihm zum Sprühen gebracht worden. Vermutlich war er nur ein normalsterblicher Weddinger mit Migrationshintergrund, der heute mal ziemlich gut drauf war. Aber auch das hätte man ihm respektvoll mitteilen können.
Wenn ich mutiger mit ihm in Kontakt getreten wäre, hätte ich auch mehr über ihn rauskriegen können. Den richtigen Zeitpunkt habe ich aber verpasst. Leider.
So kann ich Ihnen hier weiteres nicht berichten. *cs*